



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/216

16. September 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Zur Diskussion um die Polizeiverstärkung	S.1
Die Situation in der Labour Party	S.3
Die Wende auf Korea	S.4
Die Entgleisungen Herrn von Cubes	S.6

Die Polizei darf keine Wehrmacht werden

Von Alfred Gleisner, M.d.B.

Die innere Sicherheit der Deutschen Bundesrepublik ist problematisch geworden. Da sie aber nicht nur von innerdeutschen Kräften bedroht ist, sind die Begriffe der inneren Sicherheit mit denen der äusseren stark vermischt. Nur so sind die Angaben in- und ausländischer Politiker über die notwendige Stärke der zu bildenden Bereitschaftspolizei zu verstehen. Zahlen von 10.000 bis 120.000 Polizeibeamten werden jongliert. Die Bereitschaft der Alliierten geht in Stärke und Bewaffnung über die von einsichtigen Deutschen anerkannte Notwendigkeit hinaus. Die Stärke der zu bildenden Polizei kann nur gefunden werden, wenn man den Aufgabenkreis genau absteckt.

Die Polizei hat den alleinigen Auftrag, Ruhe und Sicherheit im Bundesgebiet aufrecht zu erhalten. Hieraus ergibt sich die Konsequenz, die bestehenden Polizeiorgane mit all den Mitteln auszurüsten, die man mit grosser Bereitschaft den neu zu gründenden Polizeieinheiten geben will. Solange die jetzige Polizei nur Knüppel und für jeden zweiten oder dritten Polizisten einen Colt mit fünf Schuss Munition bei schärfsten Gebrauchsbestimmungen hat, solange ist die Schaffung einer neuen schlagkräftigen Polizei keine Verstärkung, sondern eine Verteuerung der Polizei. Die weit grössere Gefahr liegt aber darin, dass man neben einer gut bewaffneten und motorisierten Polizei eine Polizei minderer Qualität schafft.

Aufgabe aller Landesregierungen sollte daher sein, die augenblickliche Situation zur Neuordnung ihrer Polizeiorgane zu nutzen. Die Bundes-

regierung muss diese Bestrebungen unterstützen. Zu bereinigen sind die unterschiedlichen Besoldungsvorschriften, Art und Umfang der Waffen und deren Gebrauch, die jeder modernen Auffassung Hohn sprechende Motorisierung und vor allem eine Überprüfung der Polizeikostenträger. Diese Regelung muß für alle Länder gleichmässig getroffen werden. Erst wenn die bestehende Polizei so modern organisiert ist, wie man es bei den neu zu bildenden Polizeieinheiten plant, kann der Ausbau der Polizei beginnen. Eine optimale Grösse zu finden ist schwierig, da diese von den gestellten Aufgaben abhängig sein wird. Als armes Volk haben wir jedoch rationell zu denken. Wenn wir die bestehende Polizei voll ausgerüstet haben, dürften augenblicklich 160 Bereitschaften mit je 150 Mann ausreichen. 150 Mann = eine Bereitschaft, vier Bereitschaften (600 Mann) = eine Abteilung, zehn Abteilungen (6.000 Mann) = ein Polizeiverband, vier Verbände (24.000 Mann) die Bereitschaftspolizei.

Die so gebildete Polizei ist Länderpolizei. Dem Bundesinnenminister steht nach Artikel 91 des Grundgesetzes im Falle des Notstandes ein beschränktes Weisungsrecht zu. Will die Bundesregierung ein stärkeres oder absolutes Weisungsrecht, dann muss sie ein Gesetz zur Änderung der Verfassung einbringen. Falsch und gefährlich wäre aber, wenn die Bundesregierung der notwendigen Verfassungsänderung dadurch ausweichen wollte, dass sie eine "Garde mobile" oder gar eine Wehrmacht oder wehrmachtähnliche Organisation schaffen will. Hier sollte sie mit dem Widerstand aller einsichtigen Deutschen, insbesondere der Jugend rechnen, die nicht gewillt sind, innerdeutsche Angelegenheiten mit Mitteln zu ordnen, die auch für ausserdeutsche Interessen verwandt werden können.

Die politische Situation verlangt von der Bundesregierung, dass sie mit den Hohen Kommissaren darüber verhandelt, wer die Polizeikosten trägt. Da es sich nach dem geltenden Recht um Aufgaben handelt, die nicht von der deutschen Polizei, sondern von den Alliierten wahrgenommen werden müssen, werden die Besatzungsmächte die Mittel aus den Besatzungskosten geben müssen. Wird aber aus der Besatzungsmacht eine Schutzmacht, dann wird die Neuregelung der Besatzungskostenweitaus grössere Beträge freigeben, als zum Aufbau einer modernen Polizei augenblicklich notwendig sind. Auf keinen Fall darf der Ausbau der Polizei mit der Absicht beginnen, Unteroffizierkader für eine neu zu gründende Wehrmacht zu bilden.

- - - -

Das Manifest für Margate

f. Der kommenden Jahresversammlung der Labour Party in Margate in den ersten Oktobertagen wird der Landesexekutivausschuss der Partei einen Bericht über die Entwicklung der Mitgliederzahl zur Billigung vorlegen. Die Zahl der Parteimitglieder einschliesslich der inkorporierten Mitglieder sozialistischer und genossenschaftlicher Vereinigungen hat mit 5,7 Millionen eine Rekordhöhe erreicht. Interessanter ist die Tatsache, dass die Zahl der "echten" Mitgliedschaft jetzt 730.000 beträgt, die höchste Zahl, die die Labour Party in ihrer nunmehr fünfzigjährigen Geschichte erreicht hat. Sie ist damit in zwei Jahren um 100.000 Mitglieder gestiegen.

In Margate wird aber nicht nur dieser günstige Bericht vorgelegt werden, sondern als Grundlage der grossen politischen Diskussionen ein bereits als Broschüre veröffentlichtes Manifest: "Labour und die neue Gesellschaft", in dem auf 39 Druckseiten die Nah- und Fernziele der Partei umschrieben sind. Die konservative Opposition hat sich auf dieses Manifest gestürzt und mit Behagen nachzuweisen versucht, dass es an Ver schwommenheit, Schwulst und Distanzierung von den Aufgaben der Stunde schlechthin nicht zu übertreffen sei. Man muss zugeben, dass seine ungenannten Verfasser aus dem Kreis oder Umkreis des Landes-Exekutiv ausschusses der Erhabenheit der Gedanken und der Ziele den Vorzug vor der nüchternen Erforschung der in der Wirklichkeit der Krisenzeit vorhandenen Möglichkeiten gegeben haben. Selbst aus den Reihen der Labour Party sind kritische Stimmen laut geworden, die in diese Richtung zielen.

Gewiss ist es erstaunlich, dass in diesem umfangreichen Manifest das Wort Korea nicht ein einziges Mal vorkommt. Dennoch verkennen die Kritiker, so berechtigt ihre Argumente auch sein mögen, ein ganz wesentliches Moment. Wenn wir die Haltung der breiten Masse des englischen Volkes bis in die Schicht des mittleren Bürgertums hinein richtig beurteilen, dann ist das Manifest psychologisch ungemein geschickt. Es ist in seiner schlichten Sprache, in seinen Gedanken und Formulierungen sehr genau auf die Wünsche und Hoffnungen der einfachen Menschen abgestimmt. Es versucht, ihnen klarzumachen, wie sich die Labour Party die kommende Gesellschaft denkt und auf welchem Weg sie dieses Ziel zu erreichen sucht.

Im Grunde handelt es sich dabei um eine Fortsetzung des bisherigen Weges in ruhigerem Tempo, um eine Konsolidierung des in den stürmischen Jahren seit dem grossen Machtwechsel von 1945 von der Labour-Regierung Erreichten. Diese Politik, die ganz zweifellos den Wünschen der

grossen Mehrheit der Labour-Wähler entspricht, wird im Manifest im grossen Zusammenhang der Ziele des englischen demokratischen Sozialismus gesehen: Kampf für den Frieden, soziale Gerechtigkeit, Vollbeschäftigung und höhere Produktion. Es verzeichnet in seinem ersten Satz als den Zweck der menschlichen Gesellschaft, "die Würde und das Wohlergehen des einzelnen Menschen zu fördern und zu schützen." Das ist der Grundton, auf den die ganze Schrift abgestimmt ist.

Der Jahreskongress in Margate wird das, was in "Labour und die neue Gesellschaft" im grossen Rahmen gesehen ist, auf die Bedürfnisse der Stunde zuschneiden müssen. Die Stärke der Labour Party, die sich in den neuen Mitgliederzahlen ausdrückt, ist kein Geheimnis mehr, wenn man das Manifest unvoreingenommen liest.

Die Wende auf Korea

Von sachkundiger Seite wird uns geschrieben:

Die erlösende Operation, die Wende nach zehn an Enttäuschungen, Demütigungen und Entbehrungen reichen Wochen - das ist die Landung der US-Truppen im Rücken der Nordkoreaner. Wochenlang hat die amerikanische Führung den Vorwurf hingenommen, dass ihre Soldaten schlecht ausgerüstet seien, dass das Kriegsmaterial dem russischen Material der Nordkoreaner unterlegen sei, ja, dass der amerikanische Soldat unzulänglich sei. Die Armeeführung hat dazu geschwiegen - und im stillen gehandelt. Jetzt ist es klar, warum die grosse Militärmacht USA kaum fünf Divisionen in den Brückenkopf von Pusan geworfen hat. Es hat in den Tagen, da Masan und Taegu knapp vor dem Fall standen, allerhand an Nerven gekostet, sich auf die im Brückenkopf befindlichen Truppen zu beschränken. Die amerikanische Führung hat darauf verzichtet, frische Truppen in den Brückenkopf zu werfen, um sie hier im frontalen Abringen der Kräfte zu verbrauchen. Sie hat diese Verbände für die Operation, für die den Gegner umfassende Invasion zurückgehalten. Imponierend ist damit demonstriert worden, dass Amerika eine Land- u n d Seemacht ist.

Militärisch und psychologisch ist der Zeitpunkt für die Gegenoffensive denkbar günstig. Vor etwa 14 Tagen haben die Kommunisten mit der Einnahme von Pohang ihren letzten grossen Erfolg verbucht; seither hat die Front im Brückenkopf, wo immer die Nordkoreaner anstürmten, stellenweise gewankt, aber sie ist nicht gerissen. In den letzten Tagen wurden die Angriffe immer schwächer, der Angreifer sichtbar müder. Das war

der gegebene Augenblick für den Gegenschlag.

Intchon, der Hauptinvasionsplatz, ist drei Tage vor dem Sturm aus zahllosen Schiffsrohren und Bombenschächten mit allen Anzeichen einer gründlichen artilleristischen Vorbereitung bombardiert worden. Die nordkoreanische Kriegsführung wusste also, dass sich etwas vorbereitet. Sie war trotz dieses Wissens nicht in der Lage, Truppen in nennenswerter Stärke von der Südfront abzuziehen oder vom Norden an den gefährlichen Punkt heranzuführen. Das zeigt, dass die Nordkoreaner unter dem Druck standen, mit Einsatz aller verfügbaren Mittel so rasch wie möglich im Süden eine Entscheidung herbeizuführen. Diese Massierung der Streitkräfte im Süden ging auf Kosten des Hinterlandes. Das rächt sich nun bitter.

Bei Söul vereinigen sich im spitzen Winkel die einzigen zwei nach Norden führenden Eisenbahnlinien - die wichtigsten Nachschubwege für die Kommunisten. Sobald die Amerikaner im Besitz dieses Knotenpunktes sind, ist der Nachschub für die im Süden kämpfenden Truppen abgeschnitten. Gleichzeitig ist damit den Kommunisten die Möglichkeit genommen, sofern ein amerikanisch besetztes Söul jedem Ansturm gewachsen ist, sich nach Norden zurückzuziehen und etwa in einem hinhaltenden Guerillakrieg im nordkoreanischen Gebirge die Amerikaner zu einer Verzettelung ihrer Kräfte zu zwingen und die Entscheidung hinauszuschieben. Mit den 50.000 Mann Invasionstruppen ist nun südlich des 38. Breitengrades annähernd das zahlenmässige Gleichgewicht zwischen den beiden kämpfenden Parteien hergestellt. Nun kann das materielle Übergewicht der UNO-Truppen verstärkt zum Tragen kommen, denn ausser den frisch gelandeten Truppen werden Bombengeschwader und Marineeinheiten frei, die bisher dem Schutz und der Durchführung der Landung gedient haben. Im Raum zwischen Söul und Tegu bereitet sich so die grosse Katastrophe der Kommunisten vor.

Es ist anzunehmen, dass die amerikanischen Truppen in wenigen Tagen am 38. Breitengrad stehen. Dann ist der politisch-heikelste Augenblick des Koreakonflikts gekommen. Werden die Amerikaner auf dieser Linie, an der der Konflikt am 25. Juni ausgebrochen war, stehenbleiben? Werden die Russen, die die Nordkoreaner ins Feuer geschickt haben, mit verschränkten Armen zusehen, wie ihre "Schützlinge" in diesem Feuer umkommen? Der Tag, an dem der 38. Breitengrad in Korea den Kommunisten entzogen wird, kann über mehr entscheiden als nur über den Konflikt auf der Halbinsel.

- - - -

Sprecher des öffentlichen Gewissens?

J.F.W. Der Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks, Manfred v. Cube, hat sein eigenes Rezept gefunden, mit dem er die deutsche Sorge um die Menschen in den unterdrückten Ostgebieten beenden will. Er fordert, dass man den Eisernen Vorhang endlich schliesse, Ost- und Mitteldeutschland einer bolschewistischen Zukunft überlasse, um damit das deutsche Restgebiet zu retten. Es erübrigt sich, die innere Verantwortungslosigkeit, die sich hier in ihrem ganzen leichtfertigen Egoismus offenbart, noch näher zu kennzeichnen. Zahlreiche Stimmen haben Herrn v. Cube bereits die verdiente Antwort erteilt. Doch nicht nur die moralische Haltung dieses Mannes ist unverständlich. Selbst wenn man ihre Gewissenlosigkeit übersehen will, verrät sie noch eine Naivität des Denkens, die für einen politischen Journalisten erstaunlich ist. Die Geschichte unserer Zeit strotzt von Beispielen dafür, dass jedes Zurückweichen vor dem Machtstreben einer Diktatur nur deren Herrschaftsanspruch vergrößert und den eigenen Untergang beschleunigt. Berlin, Finnland und die Tschechoslowakei sind Beispiele aus der jüngsten Zeit, die vom Positiven oder Negativen her die Geltung dieser These bestätigen. Sie sollten auch Herrn v. Cube klarmachen, dass er seine Münchener Behaglichkeit nicht zuletzt dem Widerstand Berlins und der Ostzone verdankt, sowie der Unterstützung, die dieser Kampf in der Bundesrepublik findet.

Man mag die Worte des Herrn v. Cube als die persönliche Ansicht eines Journalisten zur Kenntnis nehmen, geäußert im Zeichen der demokratischen Meinungsfreiheit - selbst wenn diese Form der Meinungsfreiheit unsere Demokratie in die gefährliche Nähe ihrer Selbstauflösung bringen kann. Herr v. Cube ist aber nicht nur Journalist, er ist gleichzeitig Chefredakteur und ständiger Kommentator des Bayerischen Rundfunks. Er ist also verantwortlich für die Form, in der die Öffentlichkeit durch den Bayerischen Rundfunk über die Probleme unserer Zeit unterrichtet wird. Er selbst hat einmal die Aufgabe des Rundfunkkommentators dahin definiert, Stimme des öffentlichen Gewissens zu sein. Herr v. Cube sollte selbst wissen, dass ein Mann seiner Einstellung dieser Aufgabe nicht gerecht zu werden vermag.

Das Veto gegen den Journalisten v. Cube, benutzte er eine Zeitung als Sprachrohr, könnten die Leser dieser Zeitung aussprechen, indem sie sein Blatt abbestellen. Die bayerischen Rundfunkhörer aber bezahlen ihre Gebühr nicht für die Leistungen des Münchener Senders, sondern für die Erlaubnis, überhaupt Rundfunk hören zu können. Die Interessen dieser Hörer gegenüber einem Rundfunkangestellten, der, von ihrem Gelde besoldet, diese Interessen verletzt, können nur die Verwaltungsorgane des Senders wahren. Wir warten auf ihren Spruch.

Adolf Koesters Witwe gestorben

sp. In ihrem Heim in Blankenese, wo sie seit dem Tode ihres Gatten wohnte, starb die Witwe des früheren Aussenministers Dr. Adolf Koester (SPD), eine der hervorragendsten Persönlichkeiten aus der Zeit von Friedrich Ebert und Hermann Müller. Koester war 1929 als Gesandter in Belgrad gestorben.